

Sozial!

Gerecht!

Ökologisch!

Sozial! Gerecht! Ökologisch!

Kommunalpolitisches Arbeitsprogramm für Spandau 2021-2026

Inhalt

Präambel.....	4
Schwerpunkte der kommenden Arbeit für 2021-2026.....	5
1. Stadt(teil)planung und Verkehr.....	6
1.1 Fuß- und Radverkehr.....	6
1.2 Schienengebundenen ÖPNV stärken – mit der Straßenbahn!.....	8
1.3 Wirtschafts-, Liefer- und Schwerlastverkehr, sowie Wasserstraßen.....	10
1.4 Klimaschutz.....	11
1.5 Städtebauliche Instrumente (Milieuschutz, Stadtumbau und Quartiersmanagement).....	12
2. Daseinsvorsorge.....	14
2.1 Mieten, Wohnen und Wohnungsneubau.....	14
2.2 Schule.....	15
2.3 Kita, Jugendhilfe und Jugendfreizeiteinrichtungen.....	16
2.4 Musikschule, Volkshochschule und Bibliotheken.....	17
2.5 Kultur.....	18
2.6 Gesundheit, Pflege und Versorgung.....	18
3. Wirtschaft und Arbeit.....	20
3.1 Kommune als Arbeitgeber.....	20
3.2 Jobcenter und sanktionsfreie Grundsicherung.....	21
3.3 Kleingewerbe und regionale Wirtschaft, Tourismus.....	21
4. Partizipation.....	22
5. Zusammenleben in Gemeinschaft.....	24
6. Antifaschismus und Friedensarbeit.....	26
DIE LINKE in Spandau.....	28
Unsere Kandidierenden.....	29

Präambel

Umverteilung für mehr soziale Gerechtigkeit

Noch kurz vor dem Ausbruch von Corona brachte die Linksfraktion im Februar 2020 den Antrag in die Spandauer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein, das Bezirksamt möge einen „Reichtumsbericht“ erstellen - für Spandau. So wie es die Bundesregierung auch macht, allerdings für ganz Deutschland.

Die Reaktionen in den Medien und anderen Parteien waren geradezu panisch: **„Die Linke will den Spandauer Reichen ihr Geld wegnehmen“**, titelten Boulevardblätter und in der Sitzung der BVV wurden Horrorszenerarien sozialistischer Enteignung heraufbeschworen. „Sie wollen umverteilen“, warf ein entrüsteter FDPLer unserem Fraktionsvorsitzenden vor.

Wir haben die Aufregung nicht verstanden. Ja, DIE LINKE will umverteilen - das ist doch wirklich nichts Neues. So kennen Sie uns, dafür stehen wir. Unser gesamtes Steuer- und Abgabensystem dient der Umverteilung - die Frage ist nur, in welchem Umfang und in welche Richtung.

Für uns heißt das: **Umverteilung von oben nach unten!**

Und das kräftig. Seit 40 Jahren wachsen die Kapitalerträge deutlich stärker als Löhne und Gehälter. Den obersten zehn Prozent der Bevölkerung gehörten 2019 zwei Drittel des Gesamtvermögens in Deutschland, das wir alle zusammen erarbeitet haben. Die „sogenannte Mittelschicht“ trägt in überdurchschnittlicher Höhe die Steuer- und Abgabenlast; die reichsten zehn Prozent beteiligen sich daran nur, wenn es sich nicht vermeiden lässt.

Auf der anderen Seite werden seit fast 20 Jahren Menschen am unteren Ende der Einkommenskala mit Minijobs, Leiharbeit und Arbeitslosengeld II abgehängt. Die Grundsicherung im Alter ersetzt immer häufiger eine vernünftige Rente; das Rentenniveau wird stetig gesenkt, während das Renteneintrittsalter erhöht wird; Altersarmut verbreitet sich ebenso wie Kinderarmut - in einem der reichsten Länder der Welt. Die Kosten des notwendigen Umwelt- und Klimaschutzes werden auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt, nicht auf die Verursacher des hohen CO₂-Ausstoßes, die Konzerne.

Die Schere zwischen den Einkommens- und Vermögenschichten geht immer weiter auf - das ist **das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit**. Und es ist zutiefst unfair! Soziale Gerechtigkeit ist unsere zentrale Forderung und Richtschnur unseres Handelns - soweit möglich auch in der Kommunalpolitik, hier in Spandau. Als einzige Partei, die keine Spenden von Großkonzernen annimmt, sind wir nicht käuflich.

In diesem Sinne möchten wir mit Ihnen gemeinsam die kommenden fünf Jahre in unserem Bezirk gestalten. Bitte prüfen Sie unsere Vorschläge genau, kommen Sie mit uns ins Gespräch. Und geben Sie uns bei der **Wahl am 26. September 2021** Ihre Stimme – im Bund, im Land, wie im Bezirk!

Schwerpunkte der kommenden Arbeit für 2021-2026

Schon in unserer Halbzeitbilanz vom Mai 2019 haben wir unsere Arbeitsschwerpunkte dokumentiert. In diesem Arbeitsprogramm stellen wir drei Schwerpunkte vor, die wir in den kommenden fünf Jahren für zentral halten: **Stadt(teil)planung und Verkehr, Daseinsvorsorge** sowie **Wirtschaft und Arbeit**. Neben den Schwerpunkten gibt es aus unserer Sicht noch (mindestens) drei weitere Punkte, die wir als dauerhafte Aufgaben begreifen und immer begriffen haben – und die entscheidend auch an der Basis, also im Bezirk, bewegt werden müssen. Das sind **Partizipation** und **Zusammenleben in Gemeinschaft** sowie nicht zuletzt **Antifaschismus und Friedensarbeit** – dafür sind wir Linke.

Diese Konzentration auf wesentliche Bereiche orientiert sich vor allem daran, was auf Bezirksebene tatsächlich machbar ist. Und für alles darüber hinaus haben wir Helin Evrim Sommer im Bundestag und Franziska Leschewitz im Abgeordnetenhaus, mit denen wir eng zusammenarbeiten.

1. Stadt(teil)planung und Verkehr

Planungsrecht soll von der Gemeinde geschaffen werden, um die Interessen der Allgemeinheit gegenüber Privatinteressen zu stärken. Davon wird zu wenig und zu spät Gebrauch gemacht. Zu wenig Personal, zu wenig Geld, heißt es - und das entsprach auch lange den Tatsachen. Seit knapp fünf Jahren aber haben Abgeordnetenhaus und Senat mehr Stellen in den Bezirken geschaffen und mehr Geld zur Verfügung gestellt. Das gilt es jetzt zu nutzen. Wir brauchen eine **vorausschauende Stadtteilplanung**, die für die Zukunft festlegt, wie sich Spandau entwickeln soll. Und dabei sollen die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks im Mittelpunkt stehen.

Sinn der Bauleitplanung ist die Planung der Entwicklung der Stadt und ihrer Bezirke und Kieze durch den Gesetzgeber und die Bevölkerung - nicht das Reagieren auf Investorenwünsche. Dahin müssen wir zurück. Dazu ist es erforderlich, dass in einer großen Kraftanstrengung die **Bereichsentwicklungsplanung** vorangetrieben bzw. - soweit schon existent - an die aktuellen Bedarfe angepasst wird, um dann Flächennutzungs- und Bauungspläne zu modernisieren, damit die Genehmigungsbehörden eine Grundlage für ihre Entscheidungen haben - im Zweifel auch gegen Investoreninteressen.

Vor 100 Jahren hatte Berlin das modernste Nahverkehrssystem der Welt - das sollte uns Ansporn sein auf dem Weg zur 4-Millionen-Stadt. Dazu braucht es beides: Innovationen in der Verkehrstechnik und Verkehrlenkung, auch und besonders im Wirtschaftsverkehr, und Ausbau und Modernisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Für den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) brauchen wir dringend die Erweiterung von Park & Ride Konzepten - besonders am Stadtrand. Und speziell Spandau benötigt eine **bessere Verkehrsanbindung an die Berliner Innenstadt und neue Schienenverkehrsstrassen**, um Pendel- und Wirtschaftsverkehr in den Griff zu bekommen.

1.1 Fuß- und Radverkehr

Die Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs erfordert eine Steigerung der Attraktivität von ÖPNV im Verbund mit dem Ausbau von Fahrrad- und Fußgängerbereichen, was auch eine weitgehende Barrierefreiheit einschließt - eine Aufgabe, die Jahre in Anspruch nehmen wird. Maßnahmen zur Verdrängung des Autoverkehrs wie z.B. eine City-Maut sind in Spandau nicht sinnvoll; Größe und Zuschnitt des Bezirks lassen das kaum zu. Eine Ausdehnung von Parkraumbewirtschaftung und Verkehrsberuhigung hingegen sind zur Verkehrskanalisation durchaus sinnvoll und erhöhen die Aufenthaltsqualität unter freiem Himmel.

Es geht darum, vorhandene öffentliche Räume sinnvoller zu nutzen. Diese Räume werden benötigt für Busse und Straßenbahnen, für Polizei- und Rettungsfahrzeuge, für Taxis und gewerblichen Verkehr innerhalb des Bezirks - aber natürlich auch für den motorisierten Individualverkehr einschließlich Carsharing. Der muss unter Klimagesichtspunkten neu gedacht und gestaltet werden - einfach wegdenken kann man ihn aber nicht.

Wir brauchen auch die Entwicklung einer durchdachten Fußgängerinfrastruktur, die vor allem Menschen berücksichtigt, die weniger schnell und flexibel reagieren können. Dazu gehören z.B. Kinder, Senior:innen, Rollstuhlfahrer:innen und Rollatornutzer:innen, aber auch Menschen mit Kinderwagen oder Menschen mit Behinderung. Wir wollen **inklusive Mobilität** fördern, barrierefreie Zugänge zu allen U- und S-Bahnhöfen schaffen, Bordsteinabsenkungen weitertreiben und mehr öffentliche Toiletten mit barrierefreiem Zugang in der Stadt aufstellen. Dazu gehören u.a. mehr Querungshilfen (z.B. Zebrastreifen) - auch als Ersatz für teure Lichtzeichenanlagen.

Wir müssen die Privatstraßen zurückholen und ins öffentliche Eigentum und besonders unter öffentliche Kontrolle bringen, wie die Verweigerung der Grundeigentümer in der Siemensstadt zeigt, Straßen und Gehwege instand zu setzen und für ausreichende Straßenbeleuchtung zu sorgen, obwohl die Verkehrssicherungspflicht beim Eigentümer liegt.

Lediglich 20 Prozent der Radverkehrsanlagen im Bezirk erfüllt die gesetzlichen Vorgaben, ein gutes Viertel ist in einem „verbesserungswürdigen“ Zustand, liegt also qualitativ unter den Anforderungen, ist jedoch ohne dringenden Handlungsbedarf. 57,5 Prozent erfüllen in keiner Weise die Standards oder sind gar nicht auffindbar. Bis 2030 müssen etwa 150 km Radverkehrsanlagen neu gebaut bzw. ausgebaut und weitere 75 km auf den Stand der Technik gebracht werden.

Wichtig ist eine Verbesserung der Verkehrssituation für Radfahrer:innen und die Modernisierung des Fahrradverkehrs sowie die Schaffung sicherer und wetterfester Fahrradabstellmöglichkeiten. Zukünftig müssen Fahrradwege und deren Neu- bzw. Ausbau im Rahmen von allen Verkehrsprojekten grundsätzlich mitgedacht werden. Mittelfristig sollen in Spandau zwei West-Ost-Verbindungen der stadtweiten Radschnellverbindungen gebaut werden: die Trasse Falkenseer Chaussee - Nonnendammallee und die Trasse Heerstraße - Kaiserdamm. Wir unterstützen das.

Eine Bürger:inneninitiative hat für Teile der nördlichen Trasse (Nonnendammallee) eine Umsetzungsidee entwickelt: zwischen Paulsternstraße und dem Viadukt der alten Siemensbahn am Siemendamm soll der durchlaufende motorisierte Verkehr über den Saatwinkler Damm und eine Trasse Motardstraße - Wohlrabadamm umgeleitet werden, um so die Nonnendammallee im Bereich Siemensstadt zu entlasten und **zu einem Boulevard umzugestalten**, in dessen Mitte dann der Radschnellweg realisiert werden kann. Weiter Richtung Spandau könnte dann der Grünstreifen mit den alten Gleisanlagen genutzt werden (bis Ferdinand-Friedensburg-Platz).

Wir unterstützen diesen Ansatz. Der Bezirk muss in der neuen Legislaturperiode die Konzeption für die andere Trasse mitentwickeln. Weiter wollen wir Fahrradparkhäuser und/oder verschließbare Fahrradboxen an großen Bahnhöfen und ÖPNV-Knotenpunkten, wie dem Fernbahnhof Spandau und dem U-Bahnhof Haselhorst.

1.2 Schienengebundenen ÖPNV stärken – mit der Straßenbahn!

Der neue Nahverkehrsplan der Senatsverwaltung sieht für Spandau eine Straßenbahn vor. Aktuell ist zunächst eine Straßenbahnlinie geplant, die Hakenfelde mit dem Bereich Heerstraße Nord verbindet, und eine weitere, die ins Falkenhagener Feld abzweigt. Diese „Spandauer Straßenbahn“ soll bereits in Betrieb gehen, bevor Spandau mit einer weiteren Straßenbahnlinie – oder der bis dahin zu sanierenden S-Bahn – von Hakenfelde über Haselhorst und Siemensstadt an den U- und S-Bahnhof Jungfernhöhe angebunden wird.

Darüber gibt es unterschiedliche Vorstellungen: die Siemensbahn soll bis Gartenfeld geführt werden – wie schon bis vor 40 Jahren. Das dauert alleine zehn Jahre. Eine Weiterführung bis Hakenfelde oder sogar bis ins Brandenburgische wird in einer Machbarkeitsstudie geprüft; aber alleine bis Hakenfelde würde das je nach Bauweise nochmal 5-10 Jahre dauern.

Im »Westraum« entstehen allerdings kurzfristig insgesamt 8.000 Neubauwohnungen, die dringend eine schienengebundene Verkehrserschließung brauchen. Das darf keine 15 Jahre dauern. Und eine Weiterführung ab Gartenfeld nach Hakenfelde mit der Notwendigkeit, von der S-Bahn auf die Tram umzusteigen, ist eher suboptimal. Wir sind da klar für eine durchgehende Straßenbahnlösung, weil es schneller geht und erheblich weniger kostet.

Die Idee, die Bötzowbahn zu reaktivieren, sehen wir kritisch. Zum einen führt die Nord-Süd-Strecke größtenteils nicht an zu erschließenden Wohngebieten vorbei. Lediglich für das Johannesstift und die Waldsiedlung ergäbe sich ein Erschließungspotenzial. Wir bevorzugen jedoch eine Straßenbahntrasse entlang der Streitstraße/Neuendorfer Allee zum Rathaus Spandau. Außerdem wollen wir eine Ost-West-Straßenbahntrasse für das Falkenhagener Feld vom Bahnhof Spandau bis zum Stadtrand.

Aber es gibt andernorts noch mehr zu entscheiden: der Süden des Bezirks ist nicht ausreichend an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden – und die Neubaumaßnahmen in Krampnitz werden zusätzlichen Individualverkehr nach Spandau generieren.

Deshalb wollen wir die Straßenbahn ab Heerstraße bis nach Kladow und weiter Richtung Krampnitz entwickeln. Auch ein Abzweig über den Ritterfelddamm bis Alt-Kladow ist für uns vorstellbar. Und eine Straßenbahntrasse über die Heerstraße Richtung Charlottenburg sollte geprüft werden. Berlin braucht zusätzliche, attraktive Angebote im öffentlichen Personennahverkehr – auch um die Verkehrswende zu schaffen.

Für Spandau gilt dasselbe. Und U-Bahnen sind ein hervorragendes Verkehrsmittel – keine Frage. Allerdings hat der U-Bahnbau auch Nachteile: Planung und Bau brauchen viel Zeit und die Kosten sind enorm hoch. Mit anderen Worten: es dauert! **U-Bahnprojekte sind ungeeignet, um den Verkehr der wachsenden Stadt zeitnah zu entlasten.** Die von den „großen Parteien“ immer wieder geforderte Verlängerung der U2 ins Falkenhagener Feld und der U7 – je nach Partei – bis nach Kladow oder nur bis zur Heerstraße, lehnen wir daher ab. Zu kompliziert, zu teuer und zu langwierig.

Die Anbindung des Siemens-Campus könnte man allerdings viel einfacher – und schneller – gestalten als mit der S-Bahn. Eine Verlängerung der U2 von Ruhleben über den Güterbahnhof Ruhleben und die alte, vorhandene „Kohlebahn“ bis Paulsternstraße oder Gartenfeld würde den Campus schneller erschließen. Und eine Weiterführung zum Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel (Urban Tech Republic – UTR) und eventuell weiter bis zum Kurt-Schumacher-Platz wäre denkbar. Das könnte übrigens mit der gleichen Brücke über die Charlottenburger Chaussee erreicht werden wie die Weiterführung der U2 bis zur S-Bahnlinie nach Spandau am Gewerbehof (IKEA, Bauhaus, Media Markt) mit einem neuen Bahnhof, der dann auch die Wohnsiedlung Teltower Straße und die Polizeidirektion erschließen soll.

Auch die Entwicklung der Bahnverbindungen aus dem Westen Richtung Spandauer Zentrum ist noch optimierbar – sowohl bei der S-Bahn, als auch bei der Regionalbahn. Das geht nur gemeinsam mit Brandenburg. Auf jeden Fall braucht es genau an dieser Stelle umfangreiche und attraktive Park & Ride Angebote für Berufspendler:innen. Außerdem setzen wir uns für den **Neubau eines Bahnhofs »Spandau West«** zwischen Albrechtshof und Bahnhof Spandau zur Entzerrung des ÖPNV im Bezirk ein – natürlich mit Anbindung an die Straßenbahn. Und zukünftig muss es eine Regionalbahn geben, die von Spandau direkt zum neuen Flughafen BER führt – ohne die Notwendigkeit umzusteigen.

Eine S-Bahn, die aus dem Umland über Hakenfelde weiter nach Siemensstadt und von dort in eines der Berliner Zentren führt, halten wir nicht nur für verzichtbar, sondern für schädlich, weil damit Publikum am Spandauer Zentrum vorbei in die Innenstadt geleitet wird. Das kann für die wirtschaftliche Entwicklung des Bezirks nicht sinnvoll sein und widerspricht auch dem »Zentrenkonzept«, nach dem Spandau als westliches Oberzentrum auch für angrenzende Teile Brandenburgs dienen soll.

1.3 Wirtschafts-, Liefer- und Schwerlastverkehr, sowie Wasserstraßen

Das Aufkommen des Güterverkehrs wächst unaufhörlich. Ein Problem ist dabei der „Transitverkehr“ von Lastwagen, die Spandau durchfahren, ohne einen Anlaufpunkt im Bezirk zu haben – häufig nicht einmal in Berlin.

Das andere Problem sind Lieferfahrzeuge, die ausschließlich dem Onlinehandel dienen und permanent in zweiter Spur parken – ohne Rücksicht auf den fließenden Verkehr.

Beide Probleme kann Spandau nicht alleine lösen; aber wir müssen Druck aufbauen, damit die Landesebene tätig wird - und damit Onlinehändler gezwungen werden, neue Lieferformen zu entwickeln. Damit würde gleichzeitig die verantwortungslose Ausbeutung der Lieferfahrer und Lieferfahrerinnen zurückgedrängt.

Zu diesen Überlegungen gehören auch die Prüfung der Nutzung von vorhandenen Bahntrassen für den Lieferverkehr an Gewerbetreibende und der **Ausbau eines unterirdischen Transportsystems für Europaletten** (Modell der Universität Wuppertal). Zusätzlich müssen die Lieferzeiten auf bestimmte Zeiträume beschränkt werden. Der Raum für motorisierten Verkehr ist beschränkt.

Mit der Havel - speziell mit dem Südhafen, mit Spree und Schifffahrtskanal sowie mit diversen Gleisanlagen und dem Güterbahnhof Ruhleben als potentielltem Logistikzentrum mit Straßenanbindung (Charlottenburger Chaussee und Freiheit) ist Spandau prädestiniert für ein teilweises **Umschichten des Wirtschafts- und Lieferverkehrs auf Wasserstraßen und Schienen**.

Um dies zu realisieren und damit Entlastung an anderer Stelle zu erreichen, bedarf es der Entwicklung eines entsprechenden **Masterplans**. Sollte der Bezirk einen solchen Plan aufgrund der Personaldecke nicht selbst bearbeiten können, müssen entsprechende Landesbehörden ins Boot geholt werden. Im Laufe der jetzt anstehenden Legislaturperiode sollte das zu leisten sein.

Schon seit nunmehr vier Jahren fordert die Linksfraktion ein bezirkliches Verkehrsgesamtkonzept - bisher leider ohne Erfolg.

Dass die Gewässer nicht nur für den Wirtschaftsverkehr genutzt werden können, zeigt sich in unserer Initiative für eine Solarfähre zum Strandbad Tegel und zur Greenwichpromenade (Tegeler Hafen).

Weiter wollen wir:

- Für den Brunsbütteler Damm (von der Klosterstraße bis Päwesiner Weg) ein Lösung für die Nadelöhre.
- Für die Verbindung zwischen Theodor-Heuss-Platz und Staaken auf der Heerstraße fordern wir kurzfristig Busspuren. Mittelfristig wollen wir dort den Einsatz der Straßenbahn.

1.4 Klimaschutz

Wir stecken mitten in einer **globalen Klimakrise**. Um sie zu überwinden, kämpft DIE LINKE für eine ökologische Umgestaltung unseres Zusammenlebens. Wir müssen weg von einer kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Menschen und Lebewesen ausbeutet, Ressourcen erschöpft und den Planeten zerstört.

Auch in der Stadtpolitik können wir wichtige Schritte in diese Richtung gehen: indem wir eine sozial-ökologische Verkehrswende voranbringen, indem wir Grünflächen erhalten und entwickeln, und indem wir eine nachhaltige Energieversorgung sichern.

Gemeinsam mit den Grünen hat die Linksfraktion Spandau den Antrag gestellt, die Klimanotlage im Bezirk auszurufen (Drs. 1720/XX). Im Antrag enthalten waren auch mehrere Vorschläge, wie der Bezirk es schaffen kann, der Klimaneutralität näher zu kommen. Der Antrag wurde von Seiten der CDU lange blockiert, um ihm dann am Ende mit minimalen Änderungen zuzustimmen. Allerdings war da schon ein Zeitverzug von fast einem Jahr entstanden. Dabei zählt beim Klimaschutz jeder Tag.

Der Bezirk und die Berliner Stadtwerke haben inzwischen »Dachflächen- und Anlagenpachtverträge« zur Kooperation bei der Installierung von Photovoltaikanlagen zur Produktion von Solarstrom auf bis zu fünf öffentlichen Gebäuden abgeschlossen. Der Antrag, auf den diese positive Entwicklung zurückzuführen ist, wurde von der Linksfraktion eingebracht. Das ist ein Einstieg in eine klimaschonende Techniknutzung im öffentlichen Dienst und ein Vorbild auch für die Eigentümer von Wohn- und Gewerbeobjekten. Wir werden darauf drängen, dass diese Entwicklung weitergeführt wird.

Wir wollen uns in der nächsten Wahlperiode für einen sozial-gerechten Klimaschutz einsetzen. Die Transformation, also Umstellung der Gesellschaft und Wirtschaft auf ökologische Technologien wollen wir steuern, dass sie nicht auf dem Rücken der Einkommensschwachen abgehandelt wird.

Wir wollen weiter darauf drängen, dass ein **umfassendes Klimaschutzkonzept im Bezirk** erstellt wird. Der Bezirk muss flächendeckend den Energieverbrauch und die jährliche CO₂-Freisetzung aller öffentlichen und privaten Gebäude ermitteln (vollständigen Gebäudekatasters, das den energetischen Zustand je Liegenschaft verzeichnet). Anschließend müssen sowohl kurz-, als auch langfristig angelegte Maßnahmen und Ziele erarbeitet werden, die dazu führen, dass Spandau bis zum Jahre 2035 klimaneutral wird. Alle bezirkseigenen Gebäude müssen zudem kurzfristig auf die Installierbarkeit von großflächigen Photovoltaikanlagen und solarthermischen Anlagen untersucht werden. Die anschließende Installation sollte durch die Berliner Stadtwerke vorgenommen werden. Bei der Neuanschaffung bezirklicher Fahrzeuge sind Fahrzeuge mit nichtfossilem Antrieb zu wählen. Das Angebot von Dienstfahrrädern und ihren Abstellmöglichkeiten sollte in allen Dienstgebäuden gewährt und ausgebaut werden.

Auch Private sollten verpflichtet werden: In städtebaulichen Verträgen wollen wir bei allen Neubauvorhaben die Investoren verpflichten, erneuerbare Energien und Dachbegrünung vorzusehen.

Weiter sagen wir:

- Wir wollen die Klimawerkstatt Spandau finanziell und personell stärken.
- Orte für Umweltbildung wie z.B. die Naturschutzstation Hahneberg, die Gartenarbeitsschulen und das Umwelt-Bildungszentrum halten wir für wichtige Einrichtungen, die wir stärken wollen.
- Alle bestehenden Kleingärten im Bezirk sollen erhalten und weitere Flächen ausgewiesen werden.
- Die Grün- und Freiflächen in Spandau sind zu erhalten und zu qualifizieren.
- Wir wollen prüfen, ob mit Erlaubnisschildern statt Verbotsschildern ein besseres Erlebnis in Parks generiert werden kann.
- Mehr Angebote für urban gardening wie in der Neustadt wollen wir schaffen und diese in der Bevölkerung bekannter machen.

1.5 Städtebauliche Instrumente (Milieuschutz, Stadtumbau und Quartiersmanagement)

Die Linksfraktion Spandau hat bereits im Februar 2017 einen Antrag in die BVV eingebracht, ein sogenanntes Grob-Screening für den Bezirk zu beauftragen, um festzustellen, welche Bereiche einer Ausweisung als Milieuschutzgebiet bedürfen (Drucksachen 0099/XX und 0144/XX). Weit über ein Jahr tat sich nichts.

Nach langem politischem Kampf gibt es in Spandau mittlerweile ausgewiesene **Milieuschutzgebiete** in der Neustadt und in der Wilhelmstadt. Die Linksfraktion hatte auch frühzeitig darauf hingewiesen, dass Haselhorst und Siemensstadt ebenfalls in derartige Überlegungen einbezogen werden müssen. Die Schließung des Flughafens Tegel und die Entwicklung von Wohnungsbau in der Wasserstadt Oberhavel und auf der Insel Gartenfeld erhöhen den Verdrängungsdruck in diesen Bereichen.

Viele Bezirke haben in den letzten Jahren begonnen, von ihrem gesetzlichen Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Spandau konnte bis zur Festsetzung der ersten beiden Milieuschutzgebiete keinen Gebrauch vom **Vorkaufsrecht** für Wohngebäude machen – jetzt müssen nach Auskunft des zuständigen Stadtrats erst die personellen Kapazitäten aufgebaut werden. Das Thema Milieuschutz wird uns auch in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen.

Im Herbst 2018 überraschte dann der Siemens-Konzern mit seiner Idee eines »Siemens Innovationscampus« zwischen Nonnendammallee und »Siemens-Bahn«, der von allen Seiten begrüßt wurde.

Die Linksfraktion hat sich allerdings von Anfang an dafür eingesetzt, dass bei aller Freude über das Projekt die Anwohnerinnen und Anwohner nicht vergessen werden. Wir konnten uns mit unserer Forderung, eine **frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung** anzugehen, durchsetzen.

Am 16. April 2019 wurde im Bürgerbüro von Helin Evrim Sommer (MdB) die „Planungswerkstatt Neue Siemensstadt“ gegründet - auf Initiative der Linksfraktion mit starker Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure, die in Siemensstadt aktiv sind. Sie dient dazu, die geforderte frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung zu realisieren und zu organisieren.

Mittlerweile wurde die Aufnahme von Haselhorst und Siemensstadt in den Stadtumbau West beschlossen, wobei der nördliche Teil des Projektgebietes Siemens-Campus (Wohnbaufläche) integriert wurde. Ein Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) wurde in Auftrag gegeben. Es kommt jetzt darauf an, den Stadtumbau in Haselhorst und Siemensstadt im Zusammenhang mit dem Siemens-Projekt zu sehen und zu entwickeln, und dazu das geeignete Instrument für eine umfassende Bürgerbeteiligung zu finden.

Wir wollen die Instrumente des Städtebaus stärken:

- Milieuschutz auf Siemensstadt und Haselhorst ausweiten.
- Den Bezirk personell und finanziell in die Lage versetzen, dass er Vorkaufsrechte in Milieuschutzgebieten konsequent ausüben kann.
- Die Altstadt Spandau, und hier vor allem den Marktplatz, barrierefrei umbauen. Auch der Rathausvorplatz gehört umgestaltet, u.a. müssen die Radwege hinter die Bushaltestellen verlegt werden.
- Mittelfristig wollen wir den Aus- und Umbau des Bahnhofs Spandau mit der Ellipse zu einem Fernbahnhof mit Vordach und angeschlossenem Busbahnhof. Die Absperrung der Seegefelder Straße unterstützen wir.

Wir wollen weiter:

- Einen Sportentwicklungsplan für den Bezirk erarbeiten.
- Sport-, Spiel-, Schwimmflächen sichern und bedarfsgerecht ausbauen, u.a. unterstützen wir den Bau des neuen Kombibades an der Gatower Straße, das auch für die Allgemeinheit und Schulen Schwimmmöglichkeiten bieten soll.
- Gewerbeflächenentwicklungspläne (Zentrenkonzept - Nahversorgung) erarbeiten.
- rechtliche Grundlage für kommunale Kulturorte schaffen und bezirkliche Kulturentwicklungspläne erarbeiten (z.B. Sicherung des bestehenden Bibliotheksnetzes).
- Bauvorhaben im Rahmen der Indoorvergabe bevorzugt an das OSZ Bautechnik I im Bezirk vergeben, um dort die Ausbildung zu stärken und für das Land und den Bezirk preiswert zu bauen.

2. Daseinsvorsorge

Artikel 28 unseres Grundgesetzes legt die Daseinsvorsorge in die Hände der Gemeinden und Gemeindeverbände. Zur Daseinsvorsorge werden die Bereitstellung von Verkehrs- und Beförderungswesen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäusern, Friedhöfen, Schwimmbädern, Feuerwehr usw. - also die technische und die soziale Infrastruktur gezählt. Es geht um die für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Dienstleistungen und den Anspruch, dass diese jedem Einzelnen zur Verfügung gestellt werden.

In Berlin sind die Zuständigkeiten verteilt: so sind für manche Aufgaben die Bezirke zuständig, für andere das Land. Klar bleibt, dass diese „Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen sowie technischer und sozialer Infrastruktur“ eine staatliche Aufgabe ist, für die wir mit unseren Steuern, Abgaben und Gebühren bezahlen - auch wenn Teile davon in den letzten 20 Jahren privatisiert wurden.

Das hat in vielen Fällen keine Verbesserung gebracht, aber Probleme und Verschlechterung. **Rekommunalisierung** ist ein Weg, die Daseinsvorsorge in hoher Qualität wieder für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen. Die Linksfraktion hat das Bezirksamt aufgefordert, die Teilausschreibung und (damit mögliche Teilprivatisierung) der S-Bahn gegenüber dem Senat zu verurteilen und für eine Übernahme der S-Bahn in ein Landesunternehmen zu werben. Das wurde von den anderen Parteien abgelehnt.

Aus unserer Sicht zeigt sich aber gerade im Rahmen der Corona-Pandemie, dass die häufig »neoliberal« genannten Privatisierungskampagnen der ersten 20 Jahre dieses Jahrhunderts deutlich mehr Probleme als Lösungen gebracht haben - insbesondere in der Pflege. Maßnahmen der Daseinsvorsorge gehören in kommunale Hand. Die Linksfraktion unterstützt daher die Rekommunalisierung der Schulreinigung in Verantwortung der Bezirke. Und wir wollen prüfen, ob Vergleichbares auch für das Schulessen realisiert werden kann.

Die Fraktion wird sich aber auch für die Kommunalisierung der Einkaufszentren in Spandau (z.B. Staaken Center, Neue Mitte Siemensstadt) einsetzen, soweit sich dafür Möglichkeiten bieten. Die Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts für das Staaken Center könnte eine solche Möglichkeit sein.

2.1. Mieten, Wohnen und Wohnungsneubau

Wir wollen, dass sich der Bezirk Spandau klar **gegen Zwangsräumungen** in der Corona-Zeit, aber auch darüber hinaus stellt. Niemand darf seine Wohnung verlieren.

Die **kostenfreie bezirkliche Mieter:innenberatung** wollen wir erhalten und ausweiten. Wir setzen uns zudem für verbindliche Qualitätsstandards und eine sichere juristische Beratung ein.

Vorrangig sollen die landeseigenen Wohnungsgesellschaften Wohnraum planen und bauen. Sie sind, trotz aller Schwächen, ein Garant für niedrige Mieten und ein gesundes Wohnumfeld. Die Mitwirkung der Mieterinnen und Mieter ist durch Mieterrat und Mieterbeiräte gesichert. Wir setzen uns dafür ein, dass Mieterbeiräte und Wohnungsgesellschaften entsprechend ihrer Vereinbarung zukünftig noch verantwortungsbewusster und konstruktiver zusammenarbeiten. Grundstein dafür muss sein, dass die Wohnungsgesellschaften die Mieterbeiräte als sachkundige Partner akzeptieren.

Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung ist konsequent anzuwenden und private Investoren sind zu verpflichten, mindestens 30 %, besser 50 %, sozialen Wohnungsbau anzubieten. Grundstücke, die der öffentlichen Hand gehören, dürfen nur mit Erbbaurechtsverträgen an Private vergeben und keinesfalls verkauft werden. Massiv ausgebaut werden muss der Wohnraum im geschützten Marktsegment (u.a. Trägerwohnungen).

Wir unterstützen das **Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. Enteignen**, weil nur die Vergesellschaftung von Grund und Boden eine Perspektive liefert, Immobilienspekulation und Preistreiberei zu beenden.

2.2 Schule

Die Linksfraktion fordert die Bereitstellung von Mitteln, um im Rahmen der Schulbaufensive in möglichst jedem Ortsteil einen Schulstandort zum **gemeinsam verwalteten Stadtteil- oder Kiezzentrum** auszubauen - auch als Standort für Jugendfreizeiteinrichtungen (Drucksache 1202/XX). Berlin investiert in den kommenden Jahren vor allem in Schulsanierungen und -neubauten, Sportstätten und Kitas. Das kostet viel Geld, jeder Standort sollte daher optimal genutzt werden.

Die Idee ist zunächst, ohnehin vorhandene Einrichtungen für zusätzliche Nutzungen bereitzustellen. Eine Schul-Mediathek eignet sich auch als Stadtteilbibliothek, Sportflächen werden auch von Sportvereinen genutzt - nutzt die Schule auch die Angebote der Sportvereine? Räume wie Aula, Mensa und Konferenzräume könnten bei Bedarf auch den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Verfügung gestellt werden. Und Jugendfreizeiteinrichtungen ließen sich integrieren, wenn sie rechtzeitig eingeplant werden (einschließlich Probenräume, sofern räumlich und akustisch machbar).

Dasselbe gilt natürlich für Vereine und Initiativen, aber auch für bezirkliche Gremien. Kulturelle Angebote aus dem Bezirk suchen häufig Veranstaltungsorte und die Ergebnisse schulischer Kulturarbeit finden so ein größeres Publikum. Tagungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Stadtteilvertretungen, Quartiersmanagement und andere

Zusammenschlüsse der Bürgerinnen und Bürger sollten an die Stadtteilzentren angebunden sein. Und inwieweit Außenstellen von Bürgeramt und Sozialamt integriert bzw. Räume zeitweise für die Gesundheitsvorsorge genutzt werden können, wäre zu prüfen.

Kinder und Jugendliche, die bereits vor Beginn der Coronakrise schulische Probleme hatten - gleich aus welchen Gründen - sind die am stärksten Betroffenen von Lockdowns, Homeschooling, und fehlenden Sozialkontakten. Sie brauchen mehr Hilfe und Unterstützung als alle anderen - und das über Jahre, um ausreichend aufholen zu können. Wir fordern daher diejenigen auf, die gerade durch die Krise erhöhte Umsätze und Erträge erzielen konnten, und diejenigen, denen die Krise wirtschaftlich nichts anhaben konnte, freiwillig in bezirkliche Fonds mit Zweckbestimmung einzuzahlen, die wir schaffen wollen. Die Mittel aus diesen Fonds sollen der Förderung der betroffenen Kinder und Jugendlichen zu Gute kommen. Wir empfehlen eine Größenordnung von bis zu 5 Prozent der jährlichen Einkommen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Schulen finanziell besser ausgestattet werden, um wieder vermehrt eigene Schulgärten zu unterhalten. Diese dürfen nicht gegen andere Bedarfe ausgespielt werden. Alle Schulen müssen ausreichend Platz haben, u.a. für das überhastet eingeführte kostenlose Mittagessen für alle. Dafür muss massiv in den Ausbau investiert werden. Kein Kind sollte in einem Zelt oder im Klassenzimmer essen müssen.

Wir wollen weiter:

- Digitalisierung in den Schulen durchsetzen, soweit dies didaktisch sinnvoll ist, besonders in den Oberschulen. Leistungsstarke Internetanschlüsse, ein tragfähiges WLAN-Netz und moderne Technik zum Arbeiten sind essentiell wichtig.
- Im Bezirksamt sollen Stellen geschaffen werden, die zentral die digitale Infrastruktur der Schulen im Bezirk verwalten, damit Lehrerinnen und Lehrer entlastet werden.
- Wir wollen die Verbesserung der Essensversorgung in den Schulen für bessere Qualität für die Schülerinnen und Schüler, sowie bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. U.a. geht es darum Schulküchen einzurichten bzw. das Schulessen an den Schulen selbst herstellen zu lassen. Wir wollen eine Rekommunalisierung prüfen lassen.
- Das gemeinsame Lernen aller Kinder liegt uns am Herzen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Spandau eine weitere Gemeinschaftsschule eingerichtet wird.

2.3 Kita, Jugendhilfe und Jugendfreizeiteinrichtungen

Der Kita- und Schulplatzneu- und -ausbau, der mit Verzögerungen gestartet ist, muss aktiv gestaltet und begleitet werden. Hier bieten sich Möglichkeiten für die Integration neuer Stadt- bzw. Ortsteilzentren. Wir brauchen „**24h Kitas**“ bzw. allgemein mehr Kitaplätze speziell für alleinerziehende Berufstätige. Kinder, deren Muttersprache nicht

Deutsch ist, benötigen eine Förderung der Muttersprache, so dass sie erst darin lesen und schreiben lernen. Das fördert später den Erwerb der deutschen Sprache und weiterer Fähigkeiten und Kenntnisse. Hierfür setzen wir uns ein.

Sozialraumorientierte Konzepte zur Stärkung von Kindern und Familien / gegen Kinderarmut sind notwendig. Wir streben an, einen „Kinderarmutsgipfel“ oder einen „Spandauer Sozialgipfel“ einzurichten, um alle sozialen Träger in Spandau an einen Tisch zu holen, um ein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut zu erarbeiten.

Wir fordern weiter:

- Die Sanierung und nachhaltige Sicherung der bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Bau neuer Jugendzentren, wo dies notwendig ist.
- Wir wollen weitere Band- und Proberäume im Bezirk schaffen, die von Jugendlichen kostenfrei genutzt werden können.
- Wir wollen generationenübergreifende Projekte und Räume schaffen, wo sich ältere Menschen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen treffen können und Erfahrungen austauschen.
- Wir wollen die personelle Stärkung und den Ausbau der Kinder- und Jugendsozialarbeit im Bezirk.
- Außerdem brauchen wir ein Streetwork-Angebot für Erwachsene, weil diese nicht mehr von der Jugendsozialarbeit angesprochen werden können.
- Sozialraumorientierte Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe ist dauerhaft zu etablieren, speziell im Bereich der Alphabetisierung.

2.4 Musikschule, Volkshochschule und Bibliotheken

Die bezirklichen Bildungseinrichtungen leisten heute sehr viel: Weiterbildungsangebote umfassen neben Sprachkursen und kulturellen Angeboten auch Qualifizierungsmaßnahmen, die beruflich genutzt werden können. Musikschulen bieten nicht nur Instrumentalunterricht an, sondern sorgen auch für ein reichhaltiges Kulturangebot. Die Linksfraktion hat mit einem Antrag erreicht, dass die Musikschule beginnt, Musikangebote auch an Kitas und anderen bezirklichen Einrichtungen dezentral anzubieten (Drs. 1450/XX). Für die Volkshochschule haben wir in den Haushaltsberatungen 2019 mehr Mittel (100.000 €) gefordert und zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung der mobilen Beratung für Alphabetisierung geht auf einen gemeinsamen Antrag der Linken mit der SPD zurück (Drs. 1227/XX).

Wir wollen das noch ausbauen:

- Verbesserung des Zugangs zu Kunst, Kultur und (Erwachsenen)Bildung durch Schaffung bzw. Ausweitung dezentraler Angebote von Musikschulen und Volkshochschule
- Erhöhung des Anteils der Festanstellungen an Musikschulen und Volkshochschule

- Alphabetisierungsmaßnahmen und Kurse für “Alpha-Lotsen“; Sensibilisierung von Dozentinnen und Dozenten auch an der Musikschule
- Regelmäßige Kursangebote der politischen Bildung und Mitwirkung bei der Koordinierung im Bezirk
- Berufsorientierung als Unterstützung für allgemeinbildende Schulen in Kooperation mit Ausbildungsträgern
- Kooperation mit der geplanten Fachhochschule für Sozial- und Pflegeberufe (s.u.) bei Angeboten für Laien und Schulungen für Betriebsmitarbeiterinnen und Betriebsmitarbeiter
- Kooperation im Rahmen der Mieterberatung durch Informationen über gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Aspekte
- Bedarfe an zeitgemäße Bibliotheken prüfen und personell anpassen (z.B. Sozialarbeit)

2.5 Kultur

Kultur ist nicht alles, aber ohne Kultur ist alles nichts. Kultur fristet oft ein Schatten-dasein, aber gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig sie für unser Leben ist. Die (Hilfs-)Angebote, die das Land Berlin, aber auch der Bezirk geschaffen haben, haben vielen Kulturschaffenden geholfen, über die Runden zu kommen. Ohne sie wäre der Bezirk deutlich ärmer. Wir wollen daher weitere Angebote für sie schaffen und diese ausbauen:

- Wir wollen den Zugang für Kulturschaffende in den öffentlichen Raum erleichtern und ihnen mehr Raum (auch draußen) zur Verfügung stellen.
- Wir wollen langfristig ein selbstverwaltetes Kulturzentrum im Bezirk etablieren. Ein möglicher Ort könnte auf der Insel Eiswerder liegen.
- Wir müssen die sozial-kulturelle Infrastruktur erhalten und vor Verdrängung schützen, um das Leben in der Stadt für alle bezahlbar zu halten.
- Wichtig ist die Stärkung von kulturellen Veranstaltungen im öffentlichen Raum
- Der Sanierungsstau in der Zitadelle ist enorm. Wir wollen die Finanzierung der Spandauer Zitadelle durch das Land Berlin prüfen lassen, bei gleichzeitiger Verfügungsgewalt beim Bezirk.

2.6 Gesundheit, Pflege und Versorgung

Der Linksfraktion gelang es 2018, einen Antrag durchzubringen, in dem die Einrichtung einer **Fachhochschule für Sozial- und Pflegeberufe** im Bezirk gefordert wird. Lange tat sich nichts. Doch derzeit plant Vivantes/Charité auf dem Gelände der ehemaligen Alexander-Baracks eine Erweiterung des Lynarkkrankenhauses und die Ansiedlung einer Pflegeakademie.

Es geht uns darum, zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten für die Pflege- und Sozialberufe anzubieten, aber diese auch qualitativ zu verbessern.

Damit schaffen wir die Möglichkeit, die Arbeit in diesen wichtigen Bereichen besser zu entlohnen und angemessen aufzuwerten. Es soll eine Bildungseinrichtung entstehen, in der theoretische und praktische Ausbildungssteile ebenso kombiniert werden wie Maßnahmen der Erstausbildung mit solchen der Fort- und Weiterbildung, um damit eine bessere Durchlässigkeit auf höhere Ebenen zu realisieren.

Die Angebote zur Weiterqualifizierung sollen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern privater Einrichtungen - besonders in der Altenpflege - offenstehen, um hier das Niveau anheben zu helfen. Und in einer denkbaren Kooperation mit der Volkshochschule sind Angebote an Laien wie z.B. pflegende Familienangehörige ebenso denkbar, wie Erstherausbildungen oder Konfliktlotsen-Kurse an Schulen und notwendige Qualifizierungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst - und auf Wunsch auch von privaten Unternehmen. Und etwas studentisches Leben würde Spandau nicht schaden.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass es eine **wohnungsnahe und bedarfsgerechte Ärzteversorgung** im Bezirk gibt. Bei Neubauvorhaben ist die Einrichtung von ärztlichen Praxisräumen und ggf. Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zu prüfen. Gleichzeitig fordern wir die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (siehe Corona). Das Vivantes-Klinikum wollen wir finanziell durch das Land gestärkt sehen und setzen uns dafür ein, dass die Töchter wieder eingegliedert werden. Den neuen Pflegecampus in der Neustadt (Alexander-Barracks) wollen wir entwickeln (s.o.).

Wir wollen zudem das Projekt „**Schulgesundheitsfachkräfte**“ nach Spandau holen. Der Modellversuch hätte ebenfalls auf Antrag der Linksfraktion (Drucksache 0445/XX) längst gestartet werden können. Die Schulgesundheitsfachkräfte sollen fest an einer Schule beschäftigt sein, und dort den Schülerinnen und Schülern, aber auch Lehrkörper und Eltern zur Verfügung stehen. Die Aufgaben sind vielfältig. Natürlich steht zunächst die Betreuung von Verletzten im Vordergrund - Erstversorgung, Entscheidung, ob ein Arzt hinzugezogen werden muss oder eine Überstellung in die Notaufnahme erforderlich ist. Sie könnte auch beratend und kontrollierend eingesetzt werden, wenn es um Impfungen und regelmäßige Arztbesuche geht (besonders wichtig: Zahnarzt). Ernährungsberatung für Kinder und Teenager, aber im Zweifel auch als Beraterin der Eltern wäre ein wichtiges Aufgabenfeld, wozu auch die Kontrolle der Speisenqualität des für die Mensa zuständigen Caterers gehören sollte (im Auftrag der Schulkonferenz). All diese Maßnahmen entlasten das Schulpersonal, zum Teil auch die Eltern.

3. Wirtschaft und Arbeit

Wir alle sind es gewöhnt, von unserer Arbeit zu leben - als Lohnabhängige, Beamte oder Selbständige. Viel zu viele haben heute keine Arbeit, müssen von Hartz IV leben oder als Soloselbständige „aufstocken“. Ausbildungsplätze gibt es offiziell genug, und doch finden nicht alle jungen Leute einen Platz und nicht alle Stellen können besetzt werden. Dabei beinhaltet Artikel 18 der Berliner Verfassung sogar das „Recht auf Arbeit“, das das Land zu schützen und zu fördern hat.

Die mit Abstand meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze stellen Kleingewerbe, Freie Berufe und Mittelstand: aktuell über 75 Prozent der Arbeits- und rund 80 Prozent der Ausbildungsplätze. Grund genug, sich um diesen Bereich intensiv zu kümmern. Leider ist die Wirtschaftsförderung in Berlin weitgehend zentral organisiert. Vor allem werden alle entscheidenden Daten zentral erhoben. Der Dezernent, der im Bezirk für die Wirtschaftsförderung zuständig ist, weiß deshalb z.B. gar nicht, wie viele Ausbildungsplätze es im Bezirk gibt oder welches Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt.

Das wollen wir ändern. Wir brauchen dezentrale Datenerhebungen oder zumindest bezirkliche Ableitungen aus zentralen Datensammlungen. Und wir wollen, dass **das Bezirksamt ein vorbildlicher Arbeitgeber** wird - in allen Bereichen. Dazu gehört auch die Rekommunalisierung von Aufgaben, bei denen eine Profitorientierung nicht sinnvoll sein kann.

3.1 Kommune als Arbeitgeberin

Die zentrale Forderung, die wir erheben, ist: es muss eine **einheitliche, auskömmliche Stellenbewertung** geben. Spandau ist bekannt als Bezirk mit den niedrigsten Löhnen/Bezügen in Berlin. Außerdem müssen Einstellungsvorhaben deutlich beschleunigt werden, damit Bewerberinnen und Bewerber nicht vorzeitig abspringen.

Auf Basis unserer Initiative wird das Bezirksamt ein Konzept zur „Attraktivitätsoffensive Spandauer Verwaltung“ erarbeiten, in dem alle Maßnahmen zusammengestellt werden, die das Personalproblem beheben helfen können (Drucksache 1023/XX).

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung dieser Maßnahmen ein und fordern:

- Duales Studium statt herkömmlicher Ausbildung
- Garantierte Kinderbetreuung ab der Kinderkrippe und bis zum Ende der Grundschule - speziell für Alleinerziehende (Männer wie Frauen)
- Hilfe bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum im Bezirk
- Fort- und Weiterbildungsangebote
- Organisierung von arbeitszeitkonformen Freizeitangeboten (z.B. Sport)

Die Besetzung von Führungsstellen in der Besoldungsgruppe B auch in den Bezirken wollen wir in Spandau voranbringen. Und wir wollen mehr Ausbildungsplätze im Bezirksamt schaffen. Dazu müssen auch die räumlichen Kapazitäten erweitert werden. Die Machbarkeitsstudie zum Um- und Ausbau des Rathauses Spandau mit Kosten von rund 75 Millionen Euro darf nicht als Vorwand dienen, nun gar nichts zu tun.

Als bisher einzige Fraktion in Spandau fordern wir das Ende der sachgrundlosen Befristungen im Bezirksamt gemäß Beschlusslage im Land Berlin; wir werden weiter auf die vollständige Umsetzung des Beschlusses drängen.

Das kommunale Geschäftsstraßenmanagement wollen wir stärken und ausweiten.

3.2 Jobcenter und sanktionsfreie Grundsicherung

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass im Jobcenter Spandau eine **sanktionsfreie Mindestsicherung als Pilotprojekt** eingeführt wird (Drs. 1921/XX). Auch wenn das Bundesministerium dies bisher abgelehnt hat, bleiben wir dabei, das Pilotprojekt im Verwaltungshandeln des Jobcenters umzusetzen. Sanktionen gehören abgeschafft!

Wir wollen, dass die Jobcenter SOS-Sprechstunden vor Ort zur Verfügung stellen. Eine Telefonische Beratung ist nicht immer möglich.

3.3 Kleingewerbe und regionale Wirtschaft, Tourismus

Wir setzen uns dafür ein, dass Kleingewerbe im Bezirk stärker geschützt wird. Eine Situation wie an der Rhenaniastraße, wo mehrere Kleinbetriebe dem Wohnungsbau weichen mussten ohne Ersatzflächen zu finden, darf sich nicht wiederholen. Neben Wohnraum brauchen Menschen auch Arbeitsmöglichkeiten. Dafür wollen wir uns einsetzen. Wir wollen daher u.a. das Gewerbe in der Neustadt (Alexander Barracks) erhalten, als auch Neuansiedlungen wie etwa in Haselhorst unterstützen. Wir sehen die landeseigenen Wohnungsbauunternehmen in der Pflicht, hier mehr zu tun und werden dies einfordern.

Im Land werden wir darauf drängen, auch einen **Mietendeckel für das Gewerbe** zu erreichen. Die Mietpreise z.B. in der Altstadt sind astronomisch hoch, sodass sich viele Gewerbetreibende diese nicht leisten können. Dadurch entsteht eine Monokultur aus Imbissen und Nagelstudios, die der Altstadt nicht gerecht wird. Bei Verkäufen von Geschäftshäusern wollen wir das Vorkaufsrecht ausüben lassen, um über die städtischen Wohnungsunternehmen bezahlbare Gewerbemieten zu sichern.

4. Partizipation

Bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen und Entwicklungen ihres Umfeldes hat sich seit den 1960er Jahren einiges getan - das muss man zugeben. Doch in vielen Bereichen ist die Zivilgesellschaft nachweislich weiter, als Gesetze und Verordnungen das zulassen. Es gibt großen Nachholbedarf in der Einbindung von aktiven Bürgerinnen und Bürgern – auch im Rathaus Spandau.

Ein großes Problem sind nach wie vor die sogenannten Barrieren - und das kann auch schon mal die Tatsache sein, dass man in ein Rathaus muss. Barrierefreiheit meint nicht nur Stufen aus Stein, sondern auch Stufen, die emotional zu überwinden sind. Hinzu kommt, dass einige Formen der Bürgerbeteiligung einfach überholt erscheinen und dringend neuerer, lebendigerer Formen bedürfen.

Es geht uns um **aktive Teilnahmemöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern**, aber auch von Vereinen, Verbänden und Initiativen an der Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse - da machen uns andere Bezirke teilweise was vor.

Warum soll es nicht möglich sein, dass zivilgesellschaftliche Akteure sich direkt an die BVV wenden können mit ihren Anliegen und Stellungnahmen? Und warum fragen eigentlich die bezirklichen Gremien nicht selbständig bei diesen Akteuren nach, wenn es Klärungsbedarf gibt? Fachkenntnisse sind da direkt abfragbar. Stimmungen sicherlich auch.

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode erreichen:

- Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung, u.a. durch ein Kinder- und Jugendparlament mit Antragsrecht in der BVV (via Vorsteherin oder Vorsteher)
- Stärkung der SeniorInnen-Vertretung bzw. Seniorenparlament mit Antragsrecht in den BVV (via Vorsteherin oder Vorsteher)
- Zugang der Vereine/Verbände/Initiativen per Antragsrecht in den Ausschüssen der BVV,
- Einbindung der Vereine/Verbände/Initiativen und deren Fachkompetenz durch Vorsteherin oder Vorsteher und Ausschussvorsitzende in die laufende Arbeit
- Verstärkung der Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenstellen im BVV-Büro zur Organisation und Betreuung von Bürgerbeteiligungsformaten
- Vereinfachung von Einwohneranträgen/-begehren
- Bürgerbeteiligungsportale bzw. -strukturen des Bezirks schaffen; Informationen selbstständig und umfassend veröffentlichen
- Erhöhung des Bürgerhaushalts und Vereinfachung der Mitwirkungsmöglichkeiten, sollte es keinen landesweiten Bürgerhaushalt mit deutlich höheren Mitteln geben

- die bezirkliche Konkretisierung der »Leitlinien zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Stadtentwicklungsprozessen« (SenSW) weiter entwickeln, z.B. durch einen Beteiligungsbeirat
- Stärkung von anderen Beteiligungsgremien (etwa bei Projektentwicklungen), evtl. auch durch die Bildung von Räten im Losverfahren; diese müssen aufsuchend begleitet werden

Und wir setzen uns für eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ein - auch für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Nicht nur Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft sollten in unserer Stadt das Wahlrecht haben, sondern alle Menschen, die hier leben. Wir werden uns daher weiter auf allen Ebenen dafür einsetzen, ein Wahlrecht für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu schaffen.

5. Zusammenleben in Gemeinschaft

Spandau ist ein vielfältiger Bezirk. Von den Einfamilienhausgebieten in Kladow über die gründerzeitliche Neustadt, die beschauliche Altstadt bis hin zur Skyline der Hochhäuser an der Heerstraße zeigt unser Bezirk verschiedenste Gesichter. In Spandau leben Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gut zusammen. Sie machen aus unserem Bezirk einen bunten und lebendigen Ort. Wir wollen alle eins: in Frieden, gesund und glücklich mit unseren Angehörigen leben. Dafür braucht es eine sozial gerechte und ökologisch bewusste Politik. DIE LINKE begreift Zuwanderung als Bereicherung und möchte Spandau mit allen zusammen gestalten, die hier leben und die hier herkommen.

Wir möchten die Angebote zur **Fortbildung „Interkulturelle Öffnung“ im Bezirksamt** ausweiten. In der praktischen Arbeit zeigt sich, dass Behörden und Ämter Unkenntnisse über die Gepflogenheiten von Migrantinnen und Migranten haben. Um die Kommunikation zu erleichtern schlagen wir eine verbindliche Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden und Ämtern als angerechnete Arbeitszeit vor.

Gerade Ämter und Behörden stehen in der Pflicht für korrekte Sprachmittlung zu sorgen und **Sprachvermittlerinnen und Sprachvermittlern** spezifisch zu schulen. Honorare für Sprachmittlung schaffen unnötig prekäre Arbeitsverhältnisse und Unsicherheiten im finanziellen und persönlichen Bereich. Daher müssen Sprachvermittlerinnen und Sprachvermittler fest angestellt sein, um für Stabilität zu sorgen. Alle Sprachen können und müssen sicher nicht abgedeckt werden, sondern per Sprachmittlerpool ergänzt werden.

Integrationslotsinnen und Integrationslotsen sind eine sehr gute Ergänzung für die Begleitung, doch sind sie nicht für alles einsatzfähig und dürfen auch nicht überall hin begleiten.

Für Spandau arbeiten wir am Konzept für einen Ort der Solidarisierung und Integration.

Daher wollen wir:

- Verstetigung und Verstärkung integrativer Projekte, darunter Integrationslotsen, Stadtteilmütter, »Kiosk Aller Hand Arbeit« und anderen Projekte für überlastete Alleinerziehende
- Kiezprojekte und Initiativen zur Stärkung von Familien und alleinerziehenden Eltern / Sicherung und Ausbau präventiver Angebote im Vorfeld der familienunterstützenden Hilfen
- Sozialraumorientierte Konzepte / Kiezprojekte
- Ausbau der Kooperation Schule / Jugendhilfe
- Ausbau der Kooperation Schule / Initiativen / Vereine

- Bekämpfung Analphabetismus, u.a. durch das Projekt Mobile Bildungsberatung für Menschen mit Analphabetismus, deren Einrichtung auf einen Antrag der Linksfraction (mit SPD) zurückging
- Transparente Übersicht über Wohnberechtigungsscheine und das geschützte Marktsegment (Trägerwohnungen)
- Menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten und Obdachlosen, aber nicht in Gemeinschaftsräumen! Z.B. durch die Erhöhung der Zahl der Wohnungen im geschützten Marktsegment.
- Wohnberechtigungsscheine für Geflüchtete

6. Antifaschismus und Friedensarbeit

Eigentlich sollte „**Antifaschismus**“ selbstverständlich sein nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus. Für uns ist es jedenfalls Grundhaltung: alle Versuche, die Gleichwertigkeit von Menschen in Frage zu stellen und damit letztlich Unterdrückungsmechanismen zu schaffen, lehnen wir nicht nur ab - wir bekämpfen sie. Das gilt für Rassismus, Antisemitismus, antimuslimische Hetze, Antiziganismus, Faschismus und neuen Nationalsozialismus gleichermaßen. Ein Schwerpunkt der LINKEN war außerdem von Anfang an eine **Friedenspolitik** ohne Wenn und Aber. Stellt sich die Frage: kann Kommunalpolitik da einen Anteil leisten?

Die Antwort lautet: Ja! Genau in der Kommune, an der Basis muss einem Nährboden entgegengewirkt werden, der durch Unzufriedenheit und Hilflosigkeit entsteht - und durch eine Ideologie der einfachen Antworten. Dagegen muss Aufklärung betrieben werden: die Flucht von Millionen Menschen weltweit hat Ursachen. Autoritäre und totalitäre Regierungssysteme, klimabedingte Umweltkatastrophen und Hungersnöte, Kriege - vor allem Bürgerkriege - und Terrorismus sind diese Ursachen; daraus resultierende wirtschaftliche Not und mangelhafte Bildungs- und Gesundheitsversorgung ebenfalls.

Eine Politik auf allen Ebenen, die auf der Überzeugung aufbaut, dass internationale Solidarität insbesondere mit den Schwachen - auch im eigenen Land - zu den zivilisatorischen Grundwerten unserer Gesellschaft gehört, und das genau dies zu den beeindruckenden Lernerfolgen aus unserer jüngeren Vergangenheit zählt, muss daher im Alltag ansetzen - und damit auf kommunaler Ebene.

Die Linksfraktion Spandau initiiert gemeinsam mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und anderen Parteien im Bezirk alljährlich Resolutionen gegen Neonazi-Aktivitäten zum Todestag von Rudolf Heß, stützt das Gedenken an Erich Meier und hat die Ehrung von Wladimir Gall durch die Benennung des Weges rund um die Zitadelle mit seinem Namen durchgesetzt - all das sind kleine, aber wichtige Signale gegen das Vergessen und vor allem gegen die Relativierung deutscher Geschichte, wie sie neuerdings wieder Platz greift. Auf Initiative der Linken und der SPD wird der Platz vor dem ehemaligen Kriegsverbrechergefängnis in Zukunft den Namen „Platz der Weißen Rose“ tragen (Drucksache 0971/XX). Auch das soll ein Zeichen setzen.

Aber da geht noch mehr:

- Die Erschießungen von Kriegsgegnern und sogenannten „Deserteuren“ im Spandau der letzten Kriegstage ist noch nicht hinreichend aufgeklärt. Dasselbe gilt für die Geschichte der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Bezirk und die Namen ihrer Ausbeuter.

- Wir wollen vom Bezirksamt eine Liste aller Straßen im Bezirk erstellen, die entweder von den Nationalsozialisten umbenannt worden oder die nach Nationalsozialisten und Antidemokraten benannt worden sind. Langfristig wollen wir die Umbenennung dieser Straßen erwirken.
- Es geht uns um eine koordinierte politische Bildungsarbeit im Bezirk mit thematischen Ausstellungen und Workshops, mit einem zu entwickelnden Programm, an dem politische Stiftungen, Gewerkschaften, aber gerne auch Arbeitgeberverbände beteiligt sein sollen.
- Wir wollen ein Friedensfest im Bezirk etablieren, das sich zu einer Friedenswoche entwickeln soll.
- Die Registerstelle zur Dokumentation rechter Diskriminierungen muss ebenso gestärkt werden, wie das Bezirkliche Bündnis für Demokratie und Toleranz wieder belebt werden sollte.
- Den Einsatz von Jugendoffizieren und Karriereberatern der Bundeswehr in den Schulen, aber auch die Hilfeinsätze in der Verwaltung im Zuge der Coronabekämpfung lehnen wir ab. Wir wollen den Gesundheitsdienst personell stärken.
- Wir wollen weiter Druck machen, dass Spandau kein Bezugsort für Neonazi-Umtriebe wird: wir unterstützen weiter alle Proteste gegen den Rudolf-Heß-Marsch; wir fordern die Schließung des „Nordic Company“ (= Thor Steinar)-Ladens am Brunsbütteler Damm; und wir kämpfen gegen alle rechtsextreme und menschenverachtende Ideologien und Umtriebe von rechtsextremen Organisationen wie dem III. Weg, der NPD oder den Grauen Wölfen.
- Unser Ziel ist es, die AfD wieder aus der BVV herauszubekommen. Fünf Jahre mit einem AfD-Stadtrat reichen. Die Bilanz des Schreckens: der SJC Wildwuchs ist immer noch nicht fertig; das Budget für die bauliche Unterhaltung ist um mind. 3 Mio. Euro überschritten; und das Rathaus ist um keinen Stein weiter saniert.

DIE LINKE. in Spandau

Liebe Spandauerinnen und Spandauer,

Sie sehen, wir haben einiges vor für Spandau. Wir stehen für einen sozial-ökologischen Wandel im Bezirk, der der Mehrheit der Bevölkerung nutzt. Wir sind nicht käuflich und nehmen keine Unternehmensspenden an. Gemeinsam mit Ihnen möchten wir etwas verändern. Wir freuen uns, wenn Sie uns dabei unterstützen würden. Mit **fünf Stimmen für DIE LINKE. am 26. September 2021** können Sie einen Unterschied machen.

Gerne stehen wir auch für Anregungen, Kritik und Diskussionen zur Verfügung. Schreiben Sie uns, rufen Sie an oder kommen Sie vorbei! Natürlich freuen wir uns auch über jede Mitstreiterin und jeden Mitstreiter, die mitmachen wollen, gemeinsam mit uns für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und gegen rechte Hetze zu streiten. Denn: **Links wirkt!**

DIE LINKE. Berlin-Spandau,

Pichelsdorfer Straße 138,
13595 Berlin-Spandau
Tel.: (030) 36 43 74 71
www.die-linke-spandau.de
info@die-linke-spandau.de
fb.com/DieLinkeSpandau
twitter.com/DieLinkeSpandau

DIE LINKE. Fraktion in der BVV Spandau

Carl-Schurz-Straße 2/6
13597 Berlin
Tel.: (030) 90279 2224
www.linksfraktion-spandau.de
kontakt@linksfraktion-spandau.de
fb.com/LinksfraktionSpandau

Unsere Kandidierenden:

Wahlkreis 1 - Franziska Leschewitz

Hakenfelde, nördliches Falkenhagener Feld, Wasserstadt, nördliche Neustadt

Wahlkreis 2 - Nadine Krause

südliche Neustadt, südöstliches Falkenhagener Feld, Altstadt Spandau, Klosterfelde

Wahlkreis 3 - Hans-Ulrich Riedel

Haselhorst, Siemensstadt, Stresow, nordöstliche Wilhelmstadt, Tiefwerder

Wahlkreis 4 - Lars Leschewitz

südwestliches Falkenhagener Feld, Staaken

Wahlkreis 5 - Marc Mattern

südliche Wilhelmstadt, Pichelsdorf, Gatow, Kladow

Bundestagswahlkreis - Helin Evrim Sommer

Spandau und Charlottenburg Nord

BVV Spandau

Lars Leschewitz, Sabine Knepel, Hans-Ulrich Riedel, Franziska Leschewitz, Marc Mattern, Nadine Krause, André Maßmann, Manuela Dietzgen, Oliver Marcks, Carolin Vosswinkel, Fabian Dickmeis, Daniel Neumeier, Tobias Henke

DIE LINKE.
Bezirksverband Spandau